

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

8.3.1927 (No. 56)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 5545

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Vertriebung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Die Zeitung wird lediglich erwartet, daß sie diesen Streit nicht zu einer Schädigung der Menschheit ausarten läßt, daß sie die Völker zu jener Rücksichtnahme aufeinander erzieht, die bei aller Gegenfährlichkeit der Interessen und bei allem Ringen der Geister den kulturellen Fortschritt gewährleistet.

* Völkerbund und Weltpolitik

Die Frage nach dem Wert oder Unwert des Völkerbundes wird niemals von der anderen Frage abhängen können, ob es gelingt, den ewigen Frieden auf Erden herzustellen, sondern von der Frage, ob der Völkerbund wirklich imstande sein wird, allenthalben in der Welt die Funken auszutreten, die einen großen Kriegsbrand erzeugen können. Der ewige Friede ist und bleibt ein Ideal. Wir müssen den Zustand, den er darstellt, dem Jenseits vorbehalten. Im Himmel ist Friede, auf der Erde wird immer Streit sein. Von der Vernunft des Menschengeschlechts wird lediglich erwartet, daß sie diesen Streit nicht zu einer Schädigung der Menschheit ausarten läßt, daß sie die Völker zu jener Rücksichtnahme aufeinander erzieht, die bei aller Gegenfährlichkeit der Interessen und bei allem Ringen der Geister den kulturellen Fortschritt gewährleistet.

Völkerbundspolitik wird Weltpolitik werden müssen im dem Sinne, daß versucht wird, der ganzen in Staaten zusammengeschlossenen Welt große, gemeinsame Ziele zu stecken. Diese Ziele werden naturgemäß in erster Linie wirtschaftlicher, technischer und verkehrspolitischer Art sein. In dem großen Kampf des Menschen mit der Natur, mit der Materie ist es notwendig, daß Völker und Nationen sich gegenseitig beistehen, sich gegenseitig fördern und helfen. Denn jeder Sieg über die Materie, den ein Volk erringt, ist in seinen feigenreichen Folgen immer auch ein Sieg der Gesamtmenschheit. Zu solcher Denkweise müssen im Lauf der Jahrhunderte die Nationen erzogen werden. Und das sollte die große Aufgabe des Völkerbundes sein.

Kulturell und gefühlsmäßig wird man dabei einem jeden Volk seine Selbstständigkeit lassen müssen. Aber es ist ganz klar, daß bei dem ungeheuren Einfluß, den das Wirtschaftliche auf das Gefühlsleben des Menschen ausübt, die Herstellung einer gewissen Wirtschaftseinheitlichkeit der Welt auch eine gewisse Nivellierung gefühlsmäßiger Gegensätze mit sich bringen würde.

Es sind das alles Richtlinien für die kommenden Jahrhunderte. Heute steht der Völkerbund noch in seinen Kinderschuhen. Und es sind ganz bestimmte, bei kritischer Betrachtung oft recht kleinliche Probleme, die ihn beschäftigen. Aber für die Erhaltung des Weltfriedens sind diese Probleme dennoch wichtig genug. So z. B. kann der Friede in Europa erst dann in den Herzen der Völker verankert werden, wenn man den deutsch-französischen Gegensatz völlig ausgleicht. Diese Ausgleichung wird nur dann erfolgen können, wenn Frankreich unsern berechtigten Verlangen nach baldiger Räumung der Rheinlande nachgibt. Offiziell soll über diese Angelegenheit in Genf nicht verhandelt werden. Das schließt aber private und vertrauliche Besprechungen der führenden Staatsmänner keineswegs aus. Und schon ist ja auch von französischer Seite zugegeben worden, daß die ganze Angelegenheit nach Abschluß der augenblicklichen Tagung des Völkerbundsrats von den interessierten Mächten beraten werden soll. Die Vereidigung Deutschlands, auf Grund des Friedensvertrags von Versailles eine frühere Räumung der besetzten Gebiete zu beantragen, wird — und das ist ein zweifelloscher Fortschritt — überall anerkannt. Und wenn erst einmal der letzte Strich unter die Differenzen in der sogenannten Entwaffnungsfrage gezogen sein wird, wird Deutschland sich durch nichts abhalten lassen, jenen Antrag zu stellen.

Die Situation Deutschlands ist rein juristisch nicht ungünstig. Aber das ist leider nicht allein entscheidend. Das Politische spricht hier in bedeutsamer Weise mit. Die Heeresreform, die jetzt von der französischen Kammer beraten wird, ist geboren aus dem Gedanken, daß Deutschland einmal angriffsweise einen Revanchekrieg gegen Frankreich führen könne. In die Politik der europäischen Verständigung paßt diese Heeresreform gewiß nicht hinein, und sie paßt auch sehr schlecht zur französischen Finanzlage, die bekanntlich außerordentlich schwierig ist. Dennoch müssen wir uns bemühen, die Franzosen zu verstehen. Offenbar lassen sie sich immer noch von Vorstellungen leiten, die wir vielleicht als Psychose bezeichnen, die von ihnen aber durchaus ernst genommen werden. d. h. von Vorstellungen der Furcht und des Mißtrauens. Die viel besprochene „Sicherheit Frankreichs“ ist nach der Meinung wahrscheinlich der Mehrheit der französischen Bevölkerung auch durch den Locarno-Pakt noch immer nicht genügend garantiert. Und man möchte

deshalb die Tür nicht bloß einmal, sondern zweimal oder gar am liebsten dreimal verriegeln.

Inwiefern der Regierungswechsel in Deutschland diese Gefühle belebt und verstärkt hat, ist schwer zu sagen. Die einen behaupten, daß die Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung das Mißtrauen im französischen Volk genährt habe. Die anderen wieder behaupten, daß auch ohne den Zutritt der Deutschnationalen zur Regierung die Dinge in Frankreich so verlaufen wären, wie sie faktisch verlaufen sind. Tatsache ist, daß Briand den deutschen Reichsaussenminister Dr. Stresemann in Genf wegen der bekannten Rede des Grafen Westarp interpelliert hat. Stresemann hat den Nachweis erbringen können, daß diese Rede von der französischen Presse nicht richtig wiedergegeben worden ist.

Die Frage der vorzeitigen Räumung der Rheinlande wird jedenfalls außerordentlich schwer zu erledigen sein. Unsere Politik ist, wie aus allen Befundungen der letzten Zeit hervorgeht, nach wie vor darauf gerichtet, Frankreich jeden Vorwand zum Mißtrauen zu nehmen. Wir treiben praktisch unsere Politik der Verständigung weiter. Unsere Hoffnung ist dabei die, daß sich auch die Mehrheit der französischen Bevölkerung davon überzeugen wird, daß eine solche Politik für beide Teile die beste und nützlichste ist. Wenn Frankreich meint, daß die Heeresreform angenommen bzw. im wesentlichen durchgeführt ist, und wenn Frankreich auf dieser Meinung trotz aller Gegenargumente beharrt, dann werden wir kaum die Möglichkeit haben, es unzustimmen. Aber schon das Versprechen von französischer Seite, daß zu einem ganz bestimmten Termin die besetzten Gebiete restlos geräumt werden sollen, würde von uns als ein Erfolg und ein Fortschritt aufgefaßt werden können, vorausgesetzt, daß dieser Termin auch wirklich noch als eine Frühzeitigkeit der Räumung gelten kann. (Schluß folgt.)

Das umkrittene Arbeitszeitnotgesetz

In den Berliner Wäldern finden sich mehrere kritische Stimmen zu dem Entwurf des Arbeitszeitnotgesetzes, der dem Reichstag vorliegt.

In einer Mitteilung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks wird von einer zu weit gehenden Einengung gesprochen, die der Entwurf der Wirtschaft durch die Bindung der Arbeitszeitbestimmungen an den Tarifvertrag drei Monate nach seiner Kündigung ansetzt. Abgelehnt wird grundsätzlich eine gesetzliche Festlegung des Lohnzuschlages für Mehrarbeit. Nicht tragbar sei ferner die gänzliche Streichung des § 11, Absatz 3 über die zeitliche Mehrarbeit.

Auch von Arbeitnehmerseite liegen mehrere Kritiken des Entwurfs vor. So erklärte in einer Rundgebung des Gewerkschaftsbundes, Stegerwald, daß dem Deutschen Gewerkschaftsbund das Arbeitszeitnotgesetz nicht weit genug gehe. Die dem Reichstag angehörenden Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes würden dem Gesetz in der gegenwärtigen Fassung nicht zustimmen. Kein verantwortungsbewusster Führer im Deutschen Gewerkschaftsbund, so sagte Stegerwald nach einem Bericht der „Germania“ verlange den systematischen Abschluß der Verhandlungen über das Gesetz, das jetzt, wo zwei Millionen Arbeiter auf der Straße stehen, dem Arbeitszeitnotgesetz, also dem Übergangsgesetz der „freiwilligen Mehrarbeit“ und der willkürlichen Überstundenwirtschaft wirksam begegnet werden müsse. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten erklärte gleichfalls in einer am Montag gehaltenen Entschließung, daß die vorgeschlagene Änderung der Arbeitszeitverordnung nicht ausreichte, um das Mißverhältnis zwischen Überstundenwirtschaft und krisenhafter Erwerbslosigkeit zu beseitigen.

Unter allem Vorbehalt sei schließlich noch Notiz zu nehmen, von einer Meldung des „Berl. Tagebl.“, wonach von der Reichsregierung wegen des Widerstandes der Arbeitervertreter in der Zentrumsfraktion gegen den Gesetzentwurf bereits erwogen werde, den Entwurf zurückzugeben.

Die schwierige Regierungsbildung in Thüringen. Die Demokraten haben es endgültig abgelehnt, sich an dem vom Landbund vorgeschlagenen Kabinett zu beteiligen. Wie zuverlässig verlautet, wird der Präsident des Landtages von Thüringen den Auftrag zur Regierungsbildung nunmehr der Demokratischen Fraktion übergeben, die versuchen wird, die Große Koalition zustande zu bringen.

Informationsreise des deutschen Botschafters in Washington. Wie das WTB hört, hat der deutsche Botschafter von Maxkau seine bereits seit längerer Zeit geplante Reise nach den wirtschaftlichen Zentren des Südens und Westens der Vereinigten Staaten heute angetreten. Er wird dabei einer Anzahl an ihn ergangener Einladungen von Handelskammern und deutsch-amerikanischen Vereinen Folge leisten.

Darmstadts neuer Generalmusikdirektor. Der schon als Nachfolger des Generalmusikdirektors Rosenstock genannte erste Kapellmeister in München, Dr. Karl Böhm, ist zum Generalmusikdirektor des Hessischen Landesorchesters in Darmstadt ernannt worden.

Generalbebauungsplan der Stadt Karlsruhe

Eisenbahnanlagen

Das zweite Referat erstattete Baurat a. D. Roth über die Eisenbahnanlagen im Generalbebauungsplan

Er führte aus, daß durch die von der Eisenbahnverwaltung schon mit der Erstellung des jetzigen Personenbahnhofs in Aussicht genommene spätere Verlegung des Verschubbahnhofs die jetzigen Hindernisse, die durch die Bahnanlagen der Entwicklung der Stadt im Wege stehen, im wesentlichen beseitigt seien, da alle nötigen Verkehrs- und Verbindungsstraßen nach Süden ohne weiteres in Geländehöhe durch die hochliegende Bahn hindurchgeführt werden können. Der Gedanke an eine nochmalige spätere Verlegung des Hauptbahnhofs, der in den letzten Jahren schon in der Öffentlichkeit aufgetaucht sei, müsse endgültig aufgegeben werden. Die Wahl der Lage des zukünftigen Verschubbahnhofs, ob im Süden oder im Norden der Stadt, wie der städtische Entwurf annehme, sei abhängig von eingehenden Untersuchungen über die zukünftige Gestaltung in Größe des Güterverkehrs und die Ausgestaltung der Nachbarbahnhöfe, Unterführungen, die gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders schwierig seien, wo infolge erheblicher Wandlungen und Umstellungen der Wirtschaft neue Verkehrsmittel, wie Kraftwagen, Wassertrassen u. dgl. eine große Unsicherheit in der Beurteilung der zukünftigen Bedürfnisse des Eisenbahngüterverkehrs bestände. Die Lage des künftigen Verschubbahnhofs sei aber auch für den Generalbebauungsplan nicht von so entscheidender Bedeutung, da er unter allen Umständen so weit von der Stadt entfernt angeordnet werden müsse, daß er die Entwicklung der Stadt nicht behindere.

Zweckmäßige Anschlüsse der Güterbahnhöfe, Hafenanlagen und Industrieanlagen seien sowohl bei einer Nord-, wie bei einer Südlage möglich.

Von eingreifenderer Bedeutung für die eigentliche innere Stadtentwicklung wird die Lage des Güterbahnhofs sein. Die im städtischen Entwurf angenommene Lage unmittelbar neben den östlichen Zufahrtslinien des Personenbahnhofs im Gebiet des jetzigen Verschubbahnhofs dürfte neue Schwierigkeiten für die Durchführung der Straßen schaffen. Das Richtige wird es sein, den Güterbahnhof an seiner jetzigen günstigen Stelle als Kopfbahnhof zu belassen. Für eine spätere Erweiterung stehe reichlich Gelände zur Verfügung, wenn einmal, wie anzunehmen, die Eisenbahnhauptwerkstätte an dieser Stelle verschwinde. Für eine Verlegung des Bahnhofs Durlach und der östlichen Zufahrtslinie, wie der Entwurf es vorsehe, dürfte noch für lange Zeit ein Bedürfnis nicht vorliegen.

Schwieriger und dringender sei die Lösung der Eisenbahnfrage im Westen der Stadt, wo bis jetzt noch 6 schienenlose Straßenübergänge bestehen, und der Anschluß der Hafenanlagen, sowie die zahlreichen Weichensysteme der Industrieanlagen im Bannwaldgebiet eine Änderung der Höhenlage der Bahn (Hoch- oder Tieflegung) erschweren. Der im vorhergehenden Referat schon erwähnte und beanstandete radikale Vorschlag der Stadt, der eine völlige Aufhebung der westlichen Zufahrten zum Personenbahnhof bezwecke, scheint ihm nicht durchführbar aus Gründen des Eisenbahnbetriebes wie auch des städtischen Verkehrs, wie im vorhergehenden Referat auch schon ausgesprochen. Die in Aussicht genommene, mit großen Kosten verbundene Erstellung einer direkten Linie mit fester Rheinbrücke bei Magau für den Durchgangsverkehr von der Pfalz über Karlsruhe nach Pforzheim usw. würde durch die damit geschaffene Spitzkehre im Personenbahnhof ihren Zweck verfehlen. Auch die Anordnung eines Nordbahnhofs an der Umgehungslinie im Hartwald mit direkter Linienführung nach Gröbigen, würde dem Zweck nicht entsprechen, da wegen des Umfahverkehrs der Hauptbahnhof nicht umgangen werden dürfte. Aus ähnlichen Gründen sei noch der im nordöstlichen Industriegebiet bei Mühlburg angenommene Kopfbahnhof, der den Endpunkt der Hartbahn über Eggenstein bilden sollte, nicht zweckmäßig, zumal diese Linie durch die geplante Anschlußbahn Finstheim-Außheim, die wohl auch einmal nach Norden irgendwo an die Hauptbahn (Germersheimer Linie und Rheintalbahn) angeschlossen werden müsse, in der Zukunft erhöhte Bedeutung gewinnen dürfte. Auf einen direkten Anschluß dieser Linien an den Hauptbahnhof kann wegen des Umfahverkehrs nicht verzichtet werden.

Eine völlige Beseitigung der westlichen Zufahrtslinien zum Hauptbahnhof sei aber auch nicht notwendig, da sich durch eine teilweise Höherlegung der Bahnlücken und Ausfühung von Straßenerhöhrungen im Gebiet des Westbahnhofs eine Durchführung der Hauptverkehrsstraßen in durchaus erträglicher Weise schaffen lasse, worüber seitens der Eisenbahnverwaltung schon seit längerer Zeit verschiedene Lösungen vorgeschlagen seien, die der Vortragende kurz charakterisierte. Die Stadt wird wohl diesen Vorschlägen wieder näher treten müssen.

Der Vortragende machte zum Schluß noch einen weiteren Vorschlag, dem näher getreten werden könnte, wenn auf Grund der bisherigen Vorschläge eine Einigung nicht zu erzielen sei. Dieser geht dahin, bei Magau nur eine Straßenbrücke zu erstellen und die Eisenbahn von Maximiliansau aus nach Süden abzubiegen und oberhalb des Rheinhafens in einer besonderen Eisenbahnbrücke über den Rhein zu führen, wobei am Rhein ein Bahnhof für die geplanten Rheinanlagen und etwa hinter Grünwinkel ein neuer Westbahnhof erstellt werden könnte. Die ganze Linie wäre natürlich als Hochbahn anzulegen, so daß der Durchführung der Straßen keine Schwierigkeit erwände. Auch für die An-

Schlüsse der Post- und Industriebahnen würden nicht zu große Schwierigkeiten entstehen. Von Süden könnte eine neue Personellinie über Würzburg und Forchheim eingeleitet werden.

Der Reichspostetat vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags

Bei der Beratung des Etats des Reichspostministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags führte Reichspostminister Dr. Schädel u. a. aus: Die Reichspost ist in hohem Maße abhängig von der jeweiligen Wirtschaftslage. Der Briefverkehr hat in den Sommermonaten bis zum August 1926 etwas abgenommen. Er erholte sich dann und steigerte sich bis zum Dezember 1926 um über 17 v. H. Im Januar 1927 sind an einem Zähltag bei allen Postanstalten insgesamt 67,2 Millionen gewöhnliche Briefsendungen im Eingang und Abgang festgestellt worden. Einen ähnlichen Verlauf nahm der Paketverkehr. Auch im Geldverkehr zeigten sich gleich verlaufende Schwankungen. An Postanweisungen, Zahlkarten und Zahlungsanweisungen wurden insgesamt 32,4 Millionen Stück im März 1926 und 38,6 Millionen im Dezember 1926 behandelt. Der Januar des Jahres 1927 weist gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung um 13,5 Proz. auf.

Die Zahl der Poststellen ist um 4,2 Proz. auf 893 352 angewachsen. Der Umsatz hat rund 115 Milliarden betragen. Er ist gegenüber 1925 um 3,6 Proz. gestiegen. Rund 80 Proz. des Umsatzes sind bargeldlos abgewickelt worden. Gegenwärtig betreibt die Deutsche Reichspost mit rund 7000 Kraftfahrzeugen etwa 1500 Kraftfahrlinien mit einer Betriebslinie von rund 28 000 Kilometer, was eine Zunahme im Jahre 1926 um 16-17 Proz. bedeutet. Die Reichspost wird sich besonders der Erschließung abseits der Schienenbahnen gelegener Gebiete, besonders in den Grenzprovinzen, und ferner der Beförderung von Arbeitern weiter annehmen.

Im Jahre 1926 sind rund 197 000 Kilogramm Postsendungen einschließlich Zeitungen auf den deutschen Luftpostlinien befördert worden, was gegen 1925 eine Zunahme insgesamt von 22,4 Proz. bedeutet. Der Luftpostpaketverkehr hat für sich um 105 Proz. zugenommen. Zur Zeit wird zum ersten Mal der Versuch eines Luftpostverkehrs in größerem Umfang unter Benutzung von 20 Linien gemacht. Der Versuch dürfte allem Anschein nach als gelungen bezeichnet werden können. Mitte April wird der Sommerverkehr auf etwa 80 Linien eröffnet werden.

Im Auslandspostverkehr ist es erfreulicherweise gelungen, die Verkehrsbeziehungen mit anderen Ländern nahezu auf den Vorkriegsstand zu bringen.

Auch die Zahl der Fernsprechknoten (Haupt- und Nebenanstalten) hat im letzten Jahre von 2,54 auf 2,64 Millionen, d. h. um 3,7 Proz., die Zahl der Hauptanschlüsse allein von 1,66 Millionen auf 1,65 Millionen, d. h. um 5,4 Proz., zugenommen. Besondere Fürsorge wird wie bisher der Verbesserung der Fernsprecherweiterung in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande gelegt werden.

Eine rasche Erweiterung des Fernsprechnetzes wird von Deutschland dauernd erstrebt. Für das nächste Jahr wird voraussichtlich noch ein neues Fernsprechnetz nach Ostpreußen hergestellt werden. Besonders die Funktechnik hat es uns ermöglicht, zahlreiche wichtige Verkehrsbeziehungen neu anzuschließen und auszubauen. Zur Zeit werden in Deutschland von 10 Rundfunkgesellschaften im ganzen 22 Rundfunksender betrieben. Wegen Errichtung eines weiteren Senders im Rheinlande schweben Verhandlungen. Ferner ist der Bau eines Rundfunksenders in der Pfalz bei Kaiserslautern in die Wege geleitet. Der Deutschlandsender in Königsbrunnhausen wird im nächsten Jahre durch einen im Bau befindlichen neuen Sender mit einer fünfmal so großen Telephonleistung ersetzt werden.

Das Gesamtpersonal beträgt 261 690 Köpfe. Die Zahl der Hilfskräfte wird voraussichtlich Ende März 1927 23 600 Köpfe betragen. Die im Voranschlag enthaltenen Umwandlungen (Überführung von Beamten in höheren Gruppen) betragen 9055. Sie kommen in erster Linie den unteren Laufbahnen zugute. Die Zahl der höheren Beamten nimmt fortwährend ab.

Nach der Entwicklung der letzten Monate kann damit gerechnet werden, daß die Rechnung für 1926 kein Defizit verzeichnen wird, daß mithin die Rücklage nicht angegriffen zu werden braucht. Die für 1926 zur Ablieferung an das Reich vorgesehenen 70 Millionen werden bereitgestellt werden. Die finanzielle Lage der Reichspost am Ende dieses Jahres ist zufriedenstellend. Die Besorgnisse für die Zukunft liegt kein Anlaß vor. Zur Deckung von Anlageausgaben, die auf 321 Millionen festgestellt worden sind, bleiben von den Einnahmen diesmal nur 17,2 Millionen, so daß eine Anleihe von 300 Millionen RM. hierfür aufgenommen werden wird. Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit habe die Reichspost 1926 ein Beschaffungsprogramm in Höhe von 320 Millionen RM. durchgeführt, das etwa zur Hälfte aus Anleihenmitteln bestritten wurde. Auch für 1927 werde ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, für das trotz der gespannten Finanzlage ungefähr dieselben Beträge bereitgestellt werden können, wie 1926. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß die Reichspost trotz der Schwierigkeit der Lage auch im vorigen Jahre ein gutes Bild vorwärts gekommen ist, wenn auch ohne weiteres zuzugeben ist, daß noch viel zu tun übrig bleibt.

Reichspostminister Dr. Schädel äußerte sich dann noch zu den Anträgen. Die regelmäßige Arbeitszeit soll 48 Stunden betragen, aus wirtschaftlichen Gründen ist sie gegenwärtig noch auf 51 bis 54 Stunden erhöht.

In der Aussprache gibt Abg. Koch (Soz.) Bedenken gegen die Erhöhung des Briefpostausdrucks. — In der nun folgenden Abstimmung wurde eine Entschließung des Abg. Alcott (Ztr.) angenommen, worin das Reichspostministerium ersucht wird, dem Landpostwesen, insbesondere der Landpoststellung die besondere Aufmerksamkeit und Hilfe zuzuwenden. — Ferner wurde eine Entschließung des Abg. Schmidt-Stettin (Deutschn.) angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, mit allen Kräften für die Unterbringung der Wartestandsbeamten der Reichspost entsprechend den Bestimmungen des Reichshaushaltsgesetzes zu sorgen. — Angenommen wurde weiter eine Entschließung des Abg. Reuß (Deutschn.), worin der Reichspostminister ersucht wird, an die ihm nachgeordneten Dienststellen Anweisungen zu erlassen, daß bei posteigenen Bauten grundsätzlich das ortsanfängliche Handwerk zu berücksichtigen ist. — Angenommen wurde dann eine Entschließung des Abg. Steinkopf (Soz.), worin die Reichsregierung ersucht wird, 1. darauf hinzuwirken, daß die im neuen Fernsprechnetz vorgesehene Ortsgesprächsbühre von 10 auf 8 Pf. herabgesetzt wird, 2. die Überführung der Arbeiter und Handwerker der Telegraphenämter in das Beamtenverhältnis zu befürworten. — Ebenfalls angenommen wurde eine Entschließung des Abg. Morath (D. W.), worin die Reichsregierung ersucht wird, die Bestimmungen auf Befreiung des Sonntagsbriefverkehrs nicht zu unterstützen. — Es wurde dann der Postetat durch den Haushaltsausschuß bewilligt, ebenso der Etat der Reichspostdruckerei nach kurzer Aussprache. — Nächste Sitzung Mittwoch, 9. März; Etat des Reichsfinanzministeriums.

Die Völkerbundstagung in Gent

Die erste Sitzung am Sonntag war geheim. Der deutsche Außenminister eröffnete die Sitzung ohne jede Formalität, aber in deutscher Sprache, mit Dr. Schmidt hinter ihm als Übersetzer ins Englische. In der geheimen Sitzung hat der Rat nach Bericht des rumänischen Vertreters einige Budget- und Verwaltungsfragen interner Natur behandelt, u. a. die Wahl des italienischen Untergeneralsekretärs Paulucci di Calboli genehmigt.

In der öffentlichen Sitzung kamen zwei Danziger Angelegenheiten als erste an die Reihe: die Übertragung der Kosten des Kommissariats, welche je zur Hälfte von Danzig und Polen aufgebracht werden müssen, auf die Völkerbundskasse und eine Vereinfachung der Genehmigung für die Lagerung und Durchfuhr von nichtpolnischem Kriegsmaterial in der freien Stadt. Die erste Frage wurde nach Bericht des holländischen Vertreters Villegas gemäß Antrag der Kontrollkommission abgelehnt. Dabei war weniger der Betrag, um den es sich handelt — rund 200 000 Francs — ausschlaggebend, als die prinzipielle Frage, daß der Völkerbund die Kosten von Kommissariatsposten den Parteien überbinden müsse. Oberkommissar van Hamel wies dazu in einer kurzen Begründung darauf hin, daß der Antrag schon von seinem Vorgänger eingebracht worden war. Das Eventualgesuch van Hamels um eine gleichzeitige Gehaltserhöhung von 80 000 auf 100 000, wenn die Kostentragung auf den Völkerbund übergehe, fiel mit dem Ratsbeschluss dahin. In der Frage der Durchfuhr von Kriegsmaterial und Lagerung erhält in Zukunft der Oberkommissar anstatt des Völkerbundsrates die Befugnis, die Genehmigung zu erteilen, was sowohl von Danziger wie von polnischer Seite bestritten worden war.

Darauf folgten zwei Berichte des holländischen Ratsvertreters über die Tätigkeit der Mandatskommission und deren Antrag, betreffend mündliche Anhörung von Petitionären. Ohne Diskussion wurde beschlossen, den ersten Bericht zu genehmigen und die Anhörung von Petitionären gemäß der Meinungäußerung sämtlicher Mandatsregierungen abzulehnen, weil, wie der Bericht lautet, kein Vorteil darin liegen würde, vom bisherigen Verfahren abzugeben. Bei dem folgenden Bericht des japanischen Vertreters über die Tätigkeit des Gesundheitsausschusses benannte Villegas den Umstand, daß einer Studienkommission nach Südamerika kein südamerikanischer Vertreter beigegeben worden sei, und Chamberlain beanstandete, daß unter den Sachverständigen des Hygienekomitees zu wenig Frauen beigezogen würden.

Die Annahmestimmung des Völkerbundsrates war ausschließlich der jüngsten Streitfrage des ungarisch-rumänischen Enteignungsstreites gewidmet. Das rumänische Ratsmitglied Titulescu legte den rumänischen Standpunkt dar, nicht so sehr zu der Grundfrage selbst, der von Ungarn bestrittenen Enteignung ungarischer Ötanten in Siebenbürgen, als vielmehr zu den zwischenliegenden Rechtsverfahren, die eine Lösung dieser Frage anstreben. Er appellierte an die Autorität des Völkerbunds, der schon einmal im Jahre 1920 die Behandlung der ungarischen Klamation abgelehnt habe. Er führt einige arithmetische Zahlen und genaue Zahlen (allerdings ohne Hinweis auf den ihnen verbleibenden Grundbesitz) einzelner enteigneter Rumänen und Ausländer an und sucht die Enteignung als eine Fürsorgemaßnahme für die Kriegsoffer zu beweisen.

Nach der Pause behandelte der ungarische Vertreter Gajago die Materie. Er verlas einige Briefe mit besonders eindringlichen Beispielen zum Beweise für die Einseitigkeit der gegen Ungarn gerichteten Maßnahmen der rumänischen Agrarreform, und bezeichnete den gegenwärtigen rumänischen Vorstoß als einen Einschüchterungsversuch, um schließlich zu bitten, einen Ersatz der beiden nationalen Schiedsrichter durch den Völkerbundrat bestimmte neutrale Schiedsrichter zu akzeptieren, oder den Streitfall vor das Haager Schiedsgericht zu bringen. — Der Rat überdies das weitere Studium der Frage einem Ausschuss, bestehend aus Chamberlain, Ishii und Villegas.

„Evening Standard“ schreibt: Die von Chamberlain in Gent zu verhandelnde Politik wurde vor der Abreise des Staatssekretärs vom englischen Kabinett eingehend erörtert und klar abgegrenzt. Es wird, wie verlautet, nicht überlassen sein, wenn Chamberlain mit Sir Curzon, dem juristischen Berater des Auswärtigen Amtes, im wesentlichen die deutschen Argumente betreffend die Räumung des Saargebietes durch die französischen Truppen unterstützen und die Auffassung vertreten wird, daß die französische juristische Auslegung des Versailles Vertrages zu weit geht. Andererseits ist es aber unwahrscheinlich, daß er die Wahl eines deutschen Vertreters der Landesregierung unterstützen wird. „Evening News“ hebt die historische Bedeutung der Tatsache hervor, daß zum ersten Mal ein Deutscher im Völkerbundrat den Vorsitz führt, und gedenkt im Zusammenhang damit in sympathischen Wendungen der Rolle, die Stresemann in der Nachkriegszeit spielte, indem er durch seine glänzende Diplomatie Deutschland in den Völkerverbund und in den Völkerbund brachte.

Das Interesse an der Genfer Tagung des Völkerbundsrates kam auch im Unterhause zum Ausdruck, wo mehrere Anfragen über die Lage im Saargebiet gestellt wurden. Ein Arbeitermitglied fragte, ob nicht angesichts der künftigen Klagen über die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet der Bezirk unter eine internationale Autorität gestellt werden könnte. — Der Vorsitzende griff indessen ein und sagte, diese Frage müsse schriftlich gestellt werden.

Das chinesische Ratsmitglied Tschao Shi-tschu erklärte heute der Presse, er beabsichtige nicht, die chinesische Frage vor dem Rat zur Sprache zu bringen. Die chinesische Regierung habe sich vorbehalten, auf das englische Memorandum an das Völkerbundssekretariat zu antworten, doch bestimme er bis zur Stunde noch keine Instruktionen aus Peking. Chinas Haltung sei verständlich, und seine Ansprüche seien durchaus legitim, da es nur die Anerkennung und Achtung seiner Souveränität und seiner territorialen Unverletzlichkeit verlangt.

Die Eröffnung des Sommerluftverkehrs. Als Eröffnungstag für den Sommerluftverkehr 1927 ist der 18. April festgesetzt worden.

Die Organisierung der französischen Nation für Kriegszeit. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf über die Organisierung der Nation in Kriegszeit mit 500 gegen 31 Stimmen der Kommunisten an.

Erordnung des Geis der politischen Polizei in Sofia. Der Chef der politischen Abteilung der Polizeidirektion, Jkonoff, wurde, als er sich in seine Wohnung begeben wollte, von einem Unbekannten durch eine Bombe getötet. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Ein Einrichtungsbeschluss Tschangtschins. Nach einer Mitteilung der französischen Gesandtschaft in Peking habe Tschangtschins nach Nanking telegraphisch die Befehle erteilt, alle Passagiere des besagten russischen Dampfers mit Ausnahme von Frau Worobin, der Gattin des Ratsgebers der kantonesischen Regierung, hinzurichten. Dieser Befehl beziehe sich auf mehrere Russen und Chinesen. Frau Worobin und ihre Landsleute seien in Tschangtschun unter starker Bewachung eingetroffen.

Politische Neuigkeiten

Masaryk über Deutschland

Das tschecho-slowakische Pressebüro meldet aus Warschau: Die dortige offizielle „Epos“ veröffentlicht ein Interdium mit dem Präsidenten der tschecho-slowakischen Republik Masaryk, in welchem dieser für die zielbewusste Zusammenarbeit der geistigen und kulturellen Führer der tschecho-slowakischen und der polnischen Nation eintritt und weiter ausführte, für das Wiederherstellen der Nation sei es nicht richtig, eine allgemeine Regel zu schaffen, ausgenommen die Forderung, daß die Wiederherstellungen nicht unterdrückt werden dürfen, und daß ihnen möglichst unbeschränkte Kulturentwicklung gegeben werden solle. Der Eintritt der Deutschen und der Stawischen Volkspartei in die Regierung werde in der Außenpolitik keine Änderung herbeiführen. Wir sind bestrebt, sagte Masaryk, eine Politik der Verständigung, des Friedens und der Zusammenarbeit zu betreiben. Auf die Frage, ob die gegenwärtige deutsche Reichsregierung die Stärkung der Nebenbestrebungen in Deutschland herbeiführen könnte, erwiderte Masaryk: Schon seit dem Kriege und noch dem Kriege rechnete ich mit Deutschland als mit einer großen Nation, welche mit aller Kraft bestrebt sein werde sich von seiner Niederlage zu erholen. In der Niederlage der Deutschen liegt die Möglichkeit ihres Sieges in der Zukunft. Der Völkerverbund nimmt eine gewisse Abrechnung vor und sucht nach Mittel und Wegen zur Verbesserung seiner Lage. Der Sieger ruht auf den Vorbehalten aus und schläft ein. Der Sieg bereitet die Niederlage, die Niederlage den Sieg vor. Von diesem Standpunkte aus verfolge ich die Entwicklung des Nachkriegsdeutschlands und sehe wie die Deutschen auf allen Gebieten intensiv arbeiten. Es ist eine natürliche Erscheinung, daß eine Annäherung Deutschlands an die Weststaaten erfolgt. Die letzte Rede Briands ist das Urteil eines Staatsmannes über die Reformbestrebungen Deutschlands. Die Reichsregierung in Deutschland ist nur eine vorübergehende Probe. Diese Probe wird uns zur Voricht veranlassen, jedoch in keiner Weise unsere bisherige außenpolitische Linie gegenüber Deutschland ändern.

Das englische Heeresbudget vor dem Unterhaus

Im Unterhause erklärte der Staatssekretär für den Krieg bei Einbringung des Heeresbudgets, daß der Voranschlag eine Personalverminderung von 4000 Mann vorsehe. Zu der Behauptung, daß die Aufgaben der Kavallerie besser durch Flugzeuge und Truppen auf raschen Fahrzeugen wie Tanks und Panzertwagen ausgeführt werden könnten, erklärte der Staatssekretär, daß es viele militärische Situationen gebe, wo eine mechanisch bewegte Einheit sehr im Nachteil sein würde. Die beste Lösung sei eine Kombination beider. Die nächstjährigen Ausgaben für neue mechanische Fahrzeuge würden ungefähr 280 000 Pfund Sterling betragen. Im praktischen Erfahrungsüber die Wirkung der Mechanisierung auf die Taktik zu gewinnen, werde eine Versuchstruppe gebildet, die sich aus völlig mechanisierten Einheiten zusammensetzt.

Im Verlauf der Debatte wurde der von dem Arbeiterparteiangehörigen Greenwood eingebrachte Antrag, in dem gefordert wird, daß die britische Regierung in der Genfer Kommission für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz Vorschläge zur Verringerung der internationalen Abkommens über die Verminderung der Landstreitkräfte unterbreite, vom Unterhause mit 223 gegen 108 Stimmen abgelehnt. Jones (Arbeiterpartei) erinnerte daran, daß als Deutschland die Abrüstung aufgegeben wurde, das Versprechen abgegeben wurde, daß die Alliierten gleichfalls abzurufen würden. Der Vertreter des Kriegsamtes führte aus: Rußland, das auf der Konferenz nicht vertreten ist, ist eine der mächtigsten Nationen der Welt mit einem stehenden Heer von 650 000 Mann und einer organisierten Reserve von nahezu 9 Millionen. Die Mitglieder der Arbeiterpartei sollten versuchen, Rußland zu ihren Ansichten über Abrüstung zu bekehren.

Die „neue Sittlichkeit“ in Ungarn

Die sittenpolizeilichen Regierungen dauern fort, und fast täglich erfolgen Bestrafungen wegen Übertretung der Vorschriften. Ein interessanter Fall sei hier verzeichnet: Das in einer Ausgabe eines Photographen befindliche Bild der Primaballerina der königlichen Oper, Blafinshi, und die Bilder einiger anderer Ballerinen der Oper wurden beanstandet, weil sie die Damen in Kostümen darstellten, die ihre Arme freilassen. Überdies wurde ein Verfahren eingeleitet, das jedoch noch nicht beendet ist. Die Preisurteile mußten die in den Auslagen ausgestellten weiblichen Bildhauerinnen befehlen. Heute ist in den Vergnügungs- und Tanzlokalen eine polizeiliche Verordnung angehängt worden, in der jeder gegen die Vorschriften verstoßende Tanz streng verboten wird. Nebenmann, der bei Ausführung eines solchen verbotenen Tanzes betroffen wird, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu 15 Tagen und einer Geldstrafe bis zu 80 Pengo belegt. Jeder Aktivist, welcher sich dem Verbot gewisser Tänze nicht unterwirft, wird die Tanzlizenz für eine bestimmte Zeit oder für immer entzogen. In der Angelegenheit der vielfach beanstandeten Durchführung der Sittlichkeitsverordnung hat heute neuerdings eine Beratung im Ministerium des Innern stattgefunden, bei welcher der Leiter der Sittenpolizei erklärte, daß bei der Durchführung der Verordnung bezüglich der Kunstgegenstände eine mildere Handhabung Platz greifen werde. Gleichzeitig aber machte der Leiter der Polizeidirektion des Ministeriums darauf aufmerksam, daß schon in den nächsten Tagen die im Jahre 1923 in Gent beschlossene internationale Vereinbarung betreffend die Verbreitung pornographischer Kunst- und Presseprodukte in Kraft treten werde, welche noch weit strengere Maßnahmen als die jetzt getroffene Verordnung enthalten werde. Als interessanter Fall wird in der „Frankf. Jg.“ noch weiter verzeichnet, daß die mit der Kontrolle der Sittlichkeitsverordnung betraut gewesenen Polizeibeamten heute gegen einen hiesigen Redakteur wegen eines Berichts über die Nazigenossen einen Presseprozeß angehängt und überdies mit Willkür des Polizeidirektors — trotz des gesetzlichen Verbots — den betreffenden Redakteur zum Tode verurteilt haben.

Englische Kabinettsmitglieder gegen Rußland. Der Minister des Innern und der Staatssekretär für den Krieg hielten gestern Abend Reden über die kommunistische Gefahr und gegen die Leute in England, die ihre Befehle aus Moskau bezögen.

Die Wirren in China. Aus Schanghai wird gemeldet: Da es seit der Befehung von Nanking durch die Nationalisten zu immer drohenderen fremdenfeindlichen Kundgebungen gekommen ist, ist das Führerboot einer britischen Zerstörerflottille dorthin abgegangen. In der Stadt sind Klatsche angeschlagen, die sich besonders gegen die Missionare richten.

Wegen Beleidigung der Reichsfarben entlassen. Die „Postische Jg.“ meldet aus Breslau: Wegen Beleidigung der Reichsfarben ist der Breslauer Kriminalkommissar Kuszler vom Reichsdienst zurückgezogen als Revisionssinstanz mit sofortiger Dienstentlassung bestraft worden. Kuszler, der seit 16 Jahren Beamter ist, hatte vor etwa einem Jahr in Breslau von einem Straßenbahnwagen aus einen Reichsbannerzug beschimpft und die Fahnenträger bespuckt.

Badischer Teil

Die Deutsche Landwirtschaft in der Internationalen Landwirtschaftskommission

Im Interesse einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen der amtlichen deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf und der deutschen Landwirtschaft hat der landwirtschaftliche Delegierte auf der Weltwirtschaftskonferenz, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, als Vertreter der im Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft vereinigten Spitzenorganisationen die Führung der Delegation der deutschen landwirtschaftlichen Verbände bei den am 31. März in Paris stattfindenden Verhandlungen der Internationalen Landwirtschaftlichen Kommission übernommen. Außerdem werden an diesen Verhandlungen teilnehmen der Präsident der Landwirtschaftskammer für Brandenburg, Nittergutbesitzer v. Oppen-Dannowalde, der Generaldirektor der Badischen Bauernvereinsorganisation Dr. Hengenheiser-Freiburg i. Br. und der stellv. Direktor der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer Mononierat Kaiser-Verlin. Das Sekretariat der Internationalen Konferenz der Landwirtschaftlichen Vereinigungen hat Richtlinien für die Weltwirtschaftskonferenz ausgearbeitet, zu denen auf der Pariser Konferenz am 31. März Stellung genommen werden soll. Ferner ist eine Beteiligung der deutschen landwirtschaftlichen Organisationen an dem am 26. Mai in Rom stattfindenden Internationalen Agrarkongress vorgesehen. Die erste Session der Internationalen Landwirtschaftskommission, die Internationale Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen, wird sich bei dieser Gelegenheit mit den Ergebnissen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, soweit sie die Landwirtschaft betreffen, zu beschäftigen haben.

Die Entwicklung der Wasserkräftenutzung in Nordamerika

Wie in dem Bericht der Federal Power Commission hervorgehoben ist, war das Jahr 1926 eines der lebhaftesten auf dem Gebiete der Wasserkräftenutzung in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Vor einem Jahre schien es zwar nicht so, die Aussichten waren nicht günstig, und in der Tat blieb in der ersten Hälfte 1926 die Entwicklung hinter dem Vorjahre sehr zurück. Die zweite Jahreshälfte brachte dann aber einen so fürnissigen Aufschwung, daß alles wieder eingeholt wurde. Im ganzen wurden Wasserkräftenutzungsanlagen in Angriff genommen, die zusammen 1,1 Mill. Kilowatt Leistung haben werden, wovon ein Drittel auf Kanada entfällt. An der pazifischen Küste war dagegen im Berichtsjahre die Dampfkraftentwicklung mehr im Vorteil, veranlaßt durch niedrige Brennstoffpreise und eine zeitweilige Überentwicklung der Wasserkraft, denen dann die notwendigen Dampferzeuger fehlten. Inzwischen wurden trotzdem für mehr als 200.000 Kilowatt Turbinen für diese Gegenden bestellt.

Das Handwerk zur Durchführung der Verdingungsordnung für Bauleistungen

Nachdem im Mai des v. J. die Verdingungsordnung für Bauleistungen durch den Reichsverdingungsausschuss Annahme gefunden, glaubte das Handwerk die Verordnung als einen Fortschritt begrüßen zu können, da nunmehr für ganz Deutschland einheitliche Bestimmungen über die Vergütung und vertragliche Ausführung von Bauleistungen in Kraft treten sollten. Wenn auch heute die Verdingungsordnung bei den meisten Behörden zur Einführung gekommen sein dürfte, so wird der von ihr erhoffte Vorteil jedoch dadurch illusorisch gemacht, daß die für die Unternehmer vorteilhaften Vorschriften ausgeglichen werden, diejenigen aber zur Anwendung gelangen, die für den Auftraggeber günstig sind. Das Handwerk wird es liebhaft bedauern, wenn auf diese Art die in gemeinsamer Arbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschaffene Verständigung untergraben wird. Das Handwerk erhofft und erwartet, daß die Verdingungsordnung für Bauleistungen so zur Durchführung kommt, wie sie vom Reichsverdingungsausschuss beschlossen wurde.

Betrüger bei Handwerksmeistern

Ein Betrüger, der sich teilweise als Gutsherwartler, Schlossgärtner usw. ausgibt, reißt im Reich umher und betrügt Handwerksmeister, mit Vorliebe Scheinbar Glaser und Schreiner, denen er eine Bestellung auf Kleiderstücke, Frühjahrsbeete, Eisenblech usw. macht. Nach Abschluß des Geschäftes bietet er fette Hasen oder Gänse an, die er im Vorort auf einem Wagen habe. Nachdem ihm das Geld ausgehändigt ist, verschwindet er in einem Hause mit zwei Ausgängen, ohne die Hasen und Gänse zu liefern. Beschreibung des Betrügers: 22-24 Jahre alt, 1,68 bis 1,70 Meter groß, mittelkräftig, lange blonde Haare, glattrasiert, mittelvolles gesundes Gesicht, spricht rheinländische Mundart und trägt graugrüne Chausseurjacke aus Stoff, graue Wadenstrümpfe und graue Dattschuhe. Das Bad. Landespolizeiamt Karlsruhe warnt vor dem Schwindler und bittet, bei Auftritten ihn der Polizei oder Gendarmerei zu übergeben.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuss Nehl genehmigte das von der Verwaltung vorgelegte Wohnungsbauprogramm mit 52 gegen 13 Stimmen. Danach sollen im ganzen 146 Wohnungen erstellt werden, wozu ein Kostenaufwand von 1,14 Millionen Mark notwendig wird. Auf den städtischen Kleinwohnungsbaueinfällen 64 Wohnungen, für Zollbeamte werden 42 Wohnungen erstellt, von denen das Reich allein 21 Wohnungen baut, während die Stadt bei den übrigen 21 ein Darlehen von 2000 M. pro Wohnung geben muß. Ferner wurde ein zwischen Sparkasse, Stadtverwaltung und Badischer Bodenbank abgeschlossener Vertrag über Finanzierung des Privatwohnungsbaues (50 Wohnungen) gutgeheißen. Genehmigt wurde weiter mit 55 gegen 8 Stimmen das Notstandsarbeitsprogramm. Der Erbbauzinsfuß wurde auf 5 Prozent ermäßigt. Der Kreisrat Billingen genehmigte in seiner letzten Sitzung das Gesetz des Schwarzwalddereins Bonndorf wegen Schaffung eines Naturdenkmalparks im Wybach- und Gauchachtal und unternimmt die gewünschten Schritte. Ferner wurde beschlossen, in dem nächsten Voranschlag 8000 M. zur Unterstützung der Vogelvermehrung des Kreisgebietes einzusetzen. Der Gemeinde Neukirch wurde ein Beitrag von 10.000 M. zur Herstellung eines Kreisweges bewilligt. Schließl. wird dringend eine gesetzl. Regelung des Wanderwesens verlangt, das einen außergewöhnlichen Umfang angenommen hat und den Städten und Gemeinden sowie dem Kreis ganz erhebliche Kosten verursacht. D. Offenburg, 7. März. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung den Ausbau der Höheren Mädchenschule zur Rollanstalt mit zehn gegen acht Stimmen abgelehnt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Markgrafenbad in Badenweiler. Während seines nun fast 25jährigen Bestehens hat sich das Markgrafenbad den Ruf innerhalb der europäischen Bäder erworben, der ihm nach den Heilerfolgen seiner Thermen und der Vollkommenheit seiner Einrichtungen gebührt. Angesichts der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedeutung des Markgrafenbades hat sich der badische Staat trotz der Schwere der Zeiten entschlossen, erhebliche Geldmittel zu bewilligen, um einen Erweiterungsbau durchzuführen; dieser neue Flügel wird demnächst seiner Bestimmung übergeben; er enthält vor allem modern eingerichtete Räume für Thermalbäder, kohlensaure Thermalbäder, Sauerstoffbäder, für die elektrische Wasser- und Lichtbehandlung und für Bestrahlung. In dem Hauptbau sind verschiedene wesentliche Verbesserungen zur Ausführung gekommen, so namentlich der Anschluß des Schwimmbeckens an die Zentralheizung, so daß nun die Benutzung desselben auch in der kühlen Jahreszeit ermöglicht ist.

D. Lauda, 8. März. Der Bürgerausschuss hat beschlossen, die Stelle eines Berufsbürgermeisters für die Stadtgemeinde Lauda ausgeschrieben zu lassen.

D. Schwenningen, 7. März. Zur Brühler Affäre schreibt die „Schwenninger Ztg.“: Der Vorstand der Kasse, als ehrenhafter Bürger in der ganzen Gemeinde bekannt, hat sein gesamtes Vermögen der Kasse verpfändet. Er ist buchstäblich ein Opfer seiner Gutmütigkeit und Leichtgläubigkeit und nicht zuletzt auch der Unkenntnis des Beschlusses geworden. Bürger brauchte das Wohnhaus seiner Frau nicht zu überschreiben, da das Gebäude schon früher auf den Namen der Frau eingetragen war.

D. Gernsbach, 7. März. Bei der Pfarrerwahl in Gernsbach wurde der Stadtpfarrer Hans Diemer aus Durlach zum Stadtpfarrer gewählt. Von 65 abgegebenen Stimmen entfielen 43 auf ihn. Der zweite Kandidat, Pfarrer Philipp Christ aus Redarischhofheim, erhielt 22 Stimmen. Pfarrer Diemer ist somit gewählt und dürfte nach Ostern in sein neues Amt eintreten.

D. Oberstrot (Nastatt), 7. März. Der bisherige Bürgermeistervertreter Gemeinderat Wagnermeister Fortenbacher wurde mit großer Mehrheit zum Bürgermeister von Oberstrot gewählt.

D. Oberwolfach, 7. März. Im Gegensatz zu dem größten Teil der Gemeinden des Landes hat Oberwolfach in seiner Gemeinderatswahl einen Überschuss zu verzeichnen. Der Haushaltsplan für 1926 bis 1927 schließt mit 238.728 Mark Einnahmen ab, denen nur 237.900 M. Ausgaben gegenüberstehen.

D. Säckingen, 7. März. Die statt besuchte Gemeindeversammlung vom Schweizerischen Stein a. Rh. hat den ihr unterbreiteten Vertrag über den Kauf des Klosters St. Georgen durch die Gottfried Keller-Stiftung, den Kanton Schaffhausen und die Einwohnergemeinde Stein a. Rh. nahezu einstimmig gutgeheißen, wodurch die Gemeinde Stein a. Rh. Eigentümerin des Klosters wird, das in Zukunft als öffentliches Museum betrieben und unverkäuflich bleiben soll.

Aus der Landeshauptstadt

Ausschüttung des Verkehrsvereins Karlsruhe. Am Freitag, den 4. März tagte der Ausschuss des Verkehrsvereins Karlsruhe unter dem Vorsitz des stellv. Vorsitzenden, Stadtdirektor Friedrich Sang. Der Geschäftsführer, Verkehrsleiter Kacher, entwarf ein Bild von der umfangreichen Tätigkeit des Vereins in den letzten Monaten. Die Mitgliederzahl ist dank der Werbung durch Vertrauensleute wieder erheblich gestiegen. Es konnten dem Verein im letzten Jahr 170 neue Mitglieder zugeführt werden, so daß heute der ansehnliche Stand von 888 Mitgliedern erreicht ist. Der Ausschuss nahm mit großem Bedauern von dem Rücktritt des 1. Vorsitzenden, Verbandsdirektors Steinel, Kenntnis. Direktor Steinel wird im Ausschuss noch weiter mitarbeiten und es wird gehofft, daß ihn in absehbarer Zeit die ordentliche Generalversammlung wieder zum 1. Vorsitzenden beruft. Die ständig wachsenden Aufgaben des Verkehrsvereins erfordern auf verschiedenen Gebieten erhöhte Kräfteanstrengung. Seit langem ruht die Tätigkeit der drei Kommissionen im Verein fast vollständig. Der Vorstand hat daher beschlossen, diese Kommissionen neu zu beleben und vor allem der Werbekommission und der Kunst- und Verschönerungskommission bedeutende Aufgabengebiete zuzuwenden. Den Vorsitz der Werbekommission hat Dipl.-Handelslehrer Demler übernommen und die Kommission bereits zu einer Sitzung einberufen. Die Kommission soll sich nicht nur mit der Mitgliederwerbung befassen, sondern ganz allgemein Anregungen und Ideen für die Tätigkeit des Verkehrsvereins geben. Den Vorsitz der Kunst- und Verschönerungskommission hat Regierungsbaumeister Brunis, Vorsitzender des V.D.M., Ortsgruppe Karlsruhe, übernommen. Sie soll bei der Durchführung der Ausstellungen mitwirken und Winte für die künstlerische Ausgestaltung dieser Unternehmen geben. Bei den „Herbsttagen“ mit ihren kulturellen Veranstaltungen kann der Rat der berufenen Mitglieder in der Kommission außerordentlich wertvoll sein. In der äußeren Organisation treten wichtige Veränderungen ein. Am 1. April wird die Auskunftsstelle, die bisher in dem städtischen Gebäude am Bahnhofplatz war, in den Hauptbahnhof mit der amtlichen Fahrplanauskunftsstelle zusammengelegt. Diese Neuerung ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Hier im Bahnhof ist die Stelle für jeden Fremden ohne weiteres auffindbar und kann von ihm ohne Zeitverlust benutzt werden. Die Verbindung mit der amtlichen Fahrplanauskunftsstelle ist für alle Teile von großem Wert. Entgegenkommenderweise erhebt die Reichsbahndirektion für die Mitbenutzung dieser Räume keine Vergütung. Schon seit langem hat sich das Bedürfnis nach einem Verkehrsbüro im Innern der Stadt geltend gemacht. Für die Karlsruher Bevölkerung liegt die Auskunftsstelle am Bahnhof recht ungünstig. Da ein eigener Laden in der Kaiserstraße, der allein für ein solches Büro in Frage kommt, zu teuer ist, wurde mit der Firma G. Mehl ein Abkommen getroffen nach dem ab 1. April dieses offizielle Verkehrsbüro in die Räume des Mehl'schen Reisebüros, Kaiserstr. 141 kommt. Auch diese räumliche Verbindung bringt für das Publikum große Vorteile und Bequemlichkeiten. Auf der Tagung des Badischen Verkehrsverbandes in Titisee hat der Verkehrsverein u. a. zwei wichtige Anträge gestellt, die angenommen wurden. Der erste Antrag betraf die Verlegung der Sommerferien. Es wird 3. St. erwogen, die süddeutschen Ferien mit den norddeutschen zusammenzulegen. Diese Maßnahme würde für den Fremdenverkehr Baden katastrophal wirken. Während jetzt die norddeutschen und süddeutschen Kinder zu verschiedenen Zeiten in die Erholungsgebiete kommen, würde dann in einem Monat ein nicht zu bewältigender Ansturm erfolgen. Die Ent-

schließung forderte daher, die Ferien nicht zu ändern. (Diese Angelegenheit ist inzwischen bekanntlich schon erledigt.) Der zweite Antrag forderte die schnellstmögliche Aufhebung des Visumzwangs im Verkehr mit dem Auslande und die Befreiung aller Grenz-, Pass- und Zollsitzen.

40jähriges Dienstjubiläum des Landesforstmeisters Philipp. Am gestrigen Montag feierte Landesforstmeister Philipp, der Leiter der Forstverwaltung des badischen Finanzministeriums, sein 40jähriges Dienstjubiläum. Philipp genießt den Ruf eines Reformators auf dem Gebiete der badischen Forstverwaltung in technischer wie ökonomischer Hinsicht. Sein großzügiges Arbeitsprogramm ist bekannt geworden durch die im letzten Jahre dem Landtag vorgelegte Denkschrift über die Umstellung der Badischen Forstverwaltung in Baden. Welche Wertschätzung Philipp als Forstmann nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland genießt, bestätigt seine Berufung in vergangenen Jahre als deutscher Delegierter zum internationalen Forstkongress in Rom, seine Aufforderung durch die Generaldirektion der österreichischen Bundesforste zur Vertretung der österreichischen Forstverhältnisse zwecks Beratung der Reorganisation und Umstellung ihrer Badischen Forstverwaltung, sowie die vielen gelegentlichen Besuche von ausländischen Fachgenossen, die sich gern bei ihm wertvolle waldbauliche und organisatorische Anregungen holen. — Der Schwarzwaldberein Karlsruhe hat dem Landesforstmeister Philipp zu seinem 40jährigen Dienstjubiläum in dankbarer Würdigung der Unterstützung, die er den gemeinnützigen Bestrebungen des Vereins stets zuteil werden ließ, unter herzlichsten Glückwünschen einen Kranz aus Badzweigen überreichen lassen.

80 Jahre Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe. Anlässlich des 80jährigen Jubiläums der freiwilligen Feuerwehr fand in der Festhalle am Samstagabend eine Festsfeier statt, die sich zu einem Ereignis gestaltete. Neben zahlreichen Delegationen auswärtiger Wehren sah man die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, und eine frohgestimmte, durch die Galauniform der Wehrmänner, die zum großen Teil ihre Orden und Ehrenzeichen angelegt hatten, lebhaft kolorierte Menge drängte sich in allen Räumen der mit dem Emblemen des Handwerks pp. geschmückten Festhalle. Die Feuerwehrkapelle eröffnete den Abend mit einem flott gespielten Festmarsch, dem sich die unter Musikdirektor Tröggers ausgezeichneter Stabführung wohlgelungene Ouvertüre zu „Wilhelm Tell“ anschloß. Die gefanglichen Leistungen des Abends, die von Frau Opernsängerin Olga Biehlly-Lutz und dem Altianischen Männerchor gezeit wurden, waren über jedes Lob erhaben und forderten neben fröhlichem Beifall Zugaben. Fräulein Elise Bed war am Feuerschlüssel eine feinfühlig, ausgezeichnet geschulte Begleiterin. Weitere hervorragende Musikstücke der Kapelle leiteten allmählich zu dem Schlußstück hinüber, der in einem von unserem Lokal-dichter Fritz Romeo verfassten Vorspiel in überaus sinnvoller Weise die Geschichte unserer tapferen Karlsruher Feuerwehr wiedergab und mit einer Schlußapotheose (Feuerschwur einer um die vor zwanzig Jahren von der Großherzogin gestifteten Fahne versammelten Abordnung der verschiedenen Karlsruher Feuerwehren) und dem Deutschlandlied endete. Die festliche Stimmung und der anschließende Ball hielten die Besucher noch lange zusammen.

Badisches Landestheater. Infolge Erkrankungen im Personal findet am Mittwoch, den 9. März statt „Lurandot“ eine Wiederholung von „Madame Butterfly“ statt. Als nächste Erstaufführung geht am Samstag, den 12. März, Feit von Unruh's jüngste Bühnendichtung, das Drama „Bonaparte“, von Felix Baumbach inszeniert und mit Stefan Dahlen in der Titelrolle, in Szene. Das vom Frankfurter Schauspielhaus und einigen andern Bühnen uraufgeführte, unlangst auch in Berlin gegebene Werk hat so verschiedenartige und widerspruchsvolle Beurteilungen gefunden u. ist kritisch so sehr umstritten, daß die hiesige Aufführung schon deshalb das gespannteste Interesse beanspruchen darf, weil sie unsern Theaterpublikum die zweifelslos erwünschte Möglichkeit zu eigener, aus dem unmittelbaren Bühneneindruck zu gewinnender Stellungnahme bietet.

Verschiedenes

Neue starke Erdstöße in Japan. Ein starker, drei Minuten andauernder Erdstoß wurde in Nagoya, Osaka und Kobe wahrgenommen. Der Erdbebenherd soll sich in Tajima befinden, wo der Erdstoß am stärksten war. Seine genaue Angabe des angegriffenen Sachschadens liegt noch nicht vor. Der Seismograph der Sternwarte Osaka ist zertrümmert. Der Erdbebenherd befindet sich ungefähr 120 Kilometer nördlich von Osaka. In Amakube ist eine Eisenbahnbrücke zerstört worden. „Daily Express“ meldet aus Tokio: Bei dem Erdbeben haben über 100 Menschen den Tod gefunden. Kobe und Osaka sind ohne Beleuchtung, und alle Verbindungen sind unterbrochen. Aber die in beiden Städten ausgebrochenen Brände sind eingedämmt. Toyoda, Anago, Kotori und Nagoya wurden schwer beschädigt. Dort dauern die Brände noch fort. In Osaka wurden 11 Personen getötet und 92 verwundet. Der Marinestützpunkt Raifuru und die Stadt Miyaguchi stehen in Flammen, während die Dörfer Yamada, Kanao und andere zerstört wurden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	8. März		7. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.50	168.92	168.58	169.00
Kopenhagen 100 Kr.	112.21	112.39	112.24	112.52
Italien . . . 100 L.	18.635	18.675	16.51	16.55
London . . . 1 Pf.	20.441	20.493	20.442	20.494
Newyork . . . 1 D.	4.2120	4.2220	4.2125	4.2275
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	81.015	81.215	81.125	81.225
Wien . . . Schilling	59.28	59.42	59.29	59.43
Prag 100 Kr. 100	12.47	12.51	12.473	12.513

Weiterer günstiger Verlauf der Leipziger Messe. Der zweite Messetag brachte eine weitere kräftige Zunahme des Verkaufsgeschäftes in den verschiedensten Branchen. Neue Einkäufer aus dem In- und Auslande brachten noch eine weitere Belebung. Zum Besuch der Leipziger Messe sind auch zahlreiche Mitglieder des Berliner Diplomatischen Korps in Leipzig eingetroffen. An ihrer Spitze befindet sich der italienische Botschafter, ferner die Gesandten von Dänemark, Norwegen, Finnland, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Griechenland, Kolumbien, die Geschäftsträger von Spanien, Mexiko, Bolivien, Ecuador, China, Siam und Ägypten. Auch die übrigen bei der deutschen Regierung beglaubigten Missionschefs haben fast sämtlich Vertreter entsandt.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 128
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Brown, Boveri & Cie., A.-G., Mannheim. In der Sitzung des Aufsichtsrates der Gesellschaft wurde die Verteilung einer Dividende für das Geschäftsjahr 1926 von 8 Prozent (im Vorjahre 7 Proz. für die Stammaktien und letztmalig von 6 Proz. für die zum 31. Dez. 1926 gefündigten Vorzugsaktien) beschlossen. Ferner sollen von dem Reingewinn von RM. 1.028.857,82 (i. Vorjahre RM. 860.505,56) zu Sonderabschreibungen auf Wertanlagen RM. 586.908,— Verwendung finden.

Die Baden-Badener Korbwaren- und Korbmöbelindustrie A.-G. vorm. Ch. Gadeschmidt Baden-Baden erklart in der auf den 2. April einzuberufenden Generalversammlung Anzeige nach § 240 SGB. über den Verlust der Hälfte des A.-S. Außerdem soll Beschluß gefaßt werden über die Liquidation der Firma.

Staatsanzeiger

Dem Kaufmann Arnold Rampe in Freiburg ist die Erlaubnis erteilt worden, bis 31. Dezember 1927 in Freiburg, Kaiserstraße Nr. 89, gewerbsmäßig Wetten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschließen oder zu vermitteln.

Karlsruhe, den 3. März 1927.
Der Minister des Innern
Kemmle

Dem katholischen Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München-Freising e. V. in München, wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 5. März 1927.
Der Minister des Innern
J. A. Dr. A. Jung.

Die abgeforderte Gemartung Häuserhof der Gemeinde Dettighofen, Amtsbezirk Waldshut, abgeforderte Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Gemartung Häuserhof mit der Gemeinde Dettighofen mit Wirkung vom 1. April 1927 wurde staatlich genehmigt.

Karlsruhe, den 4. März 1927.
Der Minister des Innern
Kemmle

In Nachschneelügen D 44, Frankfurt (Main) ab 11.38 Am. und D 41, Basel, S.B.B. ab 11.10 Am. wird künftig Schlafwagen von Frankfurt (Main) nach Lugano und zurück verkehren. Abfahrt des Schlafwagens in Frankfurt (Main) erstmals in der Nacht 10./11. März, in Lugano in der Nacht 11./12. März.

Man merk' sich diesen Säulenbau
Da ist die
Dauer-Möbelschau
Eintritt frei



MARKGRÄFLICHES PALAIS, am Rondellplatz

Besonders günstige Angebote in

Eßzimmer Schlafzimmer
Herrenzimmer
Küchen Tochterzimmer
Fremdenzimmer
Einzelmöbel

Ca. 80 Musterzimmer in vorbildlicher Aufstellung

Zahlungserleichterung! 200

Nehmt Musikunterricht bei der Musikerschenschaft des Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 68

Feststellung der Bau- und Straßensluchten im Gelände östlich der Haupt- und Friedenstrasse zwischen Schindweg und Bergstraße im Stadtteil Aue.

Der Oberbürgermeister in Durlach hat die Neufeststellung der Bau- und Straßensluchten im Gelände östlich der Haupt- und Friedenstrasse zwischen Schindweg und Bergstraße im Stadtteil Aue beantragt. Pläne, Beschreibung und Grundstücksverzeichnis zu diesem Unternehmen liegen innerhalb 2 Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung ab gerechnet, zur Einsichtnahme im Rathaus in Durlach auf.

Einsendungen sind innerhalb dieser Frist bei Ausführender bei dem Oberbürgermeister in Durlach geltend zu machen. D. B. 31
Karlsruhe, den 5. März 1927.
Bad. Bezirksamt II.

Matthäe-Markt-Lotterie Schriesheim 1927.

Bei der am 22. Februar 1927 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei bemerkten Gewinnen gezogen:

- A. Gewinne von 40 bis 400 M.:** 2626, 1280, 1705, 2518, 3213, 1412, 2057, 2960, 1534, 499.
B. Gewinne zu 20 M.: 4797, 414, 1023, 2550, 3590, 4732, 3860, 4110, 4187, 3172.
C. Gewinne zu 15 M.: 1216, 99, 850, 755, 3704, 3527, 969, 876, 4780, 273.
D. Gewinne zu 10 M.: 4170, 1465, 4757, 3952, 360, 3006, 4794, 2731, 5242, 2282, 123, 2370, 1744, 2002, 3284, 1568, 478, 427, 4401, 1820.
E. Gewinne zu 5 M.: 998, 344, 4049, 3801, 3165, 1616, 4944, 250, 782, 638, 3031, 2333, 2827, 377, 4414, 847, 1727, 3040, 3135, 1642.
F. Gewinne zu 3 M.: 4545, 1707, 3099, 3286, 2517, 1769, 4951, 3499, 2752, 312, 479, 1015, 4719, 4083, 2674, 741, 2479, 4891, 873, 644, 4398, 2566, 3954, 673, 678, 3112, 1690, 3069, 2688, 3743, 2514, 3171, 1356, 4343, 5284, 324, 707, 1823, 2934, 4012.
G. Gewinne zu 1 M.: 4879, 2360, 1188, 3989, 315, 4942, 1140, 1340, 3972, 2924, 1641, 3041, 3914, 5056, 3959, 2012, 1950, 3182, 1286, 4050, 3521, 5434, 2502, 1724, 119, 2635, 886, 2724, 3074, 138, 1186, 5136, 642, 641, 296, 604, 2387, 3124, 3214, 2357, 3855, 3973, 5418, 231, 974, 1008, 131, 3912, 3689.
H. Gewinne zu 3 M.: 2147, 1440, 540, 2678, 2330, 4749, 1898, 2971, 102, 4535, 2545, 5085, 2420, 759, 5187, 1693, 511, 1789, 2644, 207, 2968, 4739, 3477, 3154, 3629, 2645, 5167, 1277, 2751, 3661, 437, 2372, 2204, 2384, 1051, 2701, 4518, 920, 4193, 2380, 1227, 660, 2641, 2158, 2244, 3532, 4742, 2114, 2900, 3874, 2198, 898, 1583, 5109, 4337, 1936, 1941, 576, 707, 706.
J. Gewinne zu 2 M.: 4191, 3008, 4525, 1073, 3936, 1613, 2507, 1829, 3229, 3988, 4505, 3512, 567, 3001, 625, 4827, 5450, 4003, 3694, 3662, 4454, 1597, 4514, 3364, 656, 16, 4814, 1509, 4912, 2908, 575, 1098, 3049, 1504, 1284, 1042, 4364, 2379, 3315, 5172, 1623, 2820, 4550, 3015, 2028, 4455, 1676, 2190, 2443, 4086, 4740, 732, 2684, 2231, 896, 3934, 3220, 814, 1885, 2108, 1272, 3535, 650, 5302, 4158, 53, 3498, 3032, 5303, 3503, 428, 1328, 5320, 2699, 3793, 2251, 4450, 4482, 3317, 4164, 3769.

Zutergeld für die lebenden Gewinne muß vom 23. Februar 1927 an vergütet werden. Gewinne, die bis zum 1. April d. Js. nicht abgeholt sind, verfallen.

Ziehungsliste der Ginsheimer Zohlen-Lotterie

anlässlich des 23. Zohlen- und Pferdemarktes der unterbadischen Pferdezücht-Gesellschaften am 3. März 1927.

Los-Nr.	Gew.	Los-Nr.	Gew.	Los-Nr.	Gew.	Los-Nr.	Gew.
64	79	3373	54	6579	163	9263	73
216	29	3513	150	6843	12	9566	146
223	33	3589	176	6713	72	9612	114
307	55	3629	38	6779	165	9629	194
344	32	3645	107	6830	155	9675	166
489	39	3741	177	6937	133	9828	171
539	31	3811	197	6962	89	9969	118
589	68	3890	198	6993	130	10017	183
631	145	3925	67	7043	21	10037	117
677	65	3967	103	7081	20	10069	113
690	44	4022	41	7141	120	10092	24
868	181	4061	187	7200	102	10160	35
871	25	4121	137	7240	2	10216	173
889	17	4131	119	7512	78	10367	141
1004	125	4200	193	7513	111	10368	26
1031	57	4321	47	7550	129	10520	128
1037	159	4372	58	7641	19	10657	10
1185	37	4393	15	7735	189	10786	30
1312	70	4394	200	7882	147	10964	190
1358	184	4427	80	7889	164	10992	85
1373	167	4654	83	7989	185	11138	69
1420	192	4728	77	7996	195	11399	56
1503	110	4772	91	8005	101	11428	14
1504	28	4805	132	8054	124	11485	143
1506	75	4823	199	8061	156	11495	76
1572	122	4945	3	8067	169	11505	53
1613	174	5020	180	8095	63	11608	95
1615	154	5179	178	8133	106	11752	161
1721	62	5254	99	8300	64	11764	93
1724	144	5274	51	8307	136	11766	66
1839	5	5314	123	8355	148	11836	9
1880	90	5350	84	8362	46	11902	81
1893	182	5398	140	8393	131	11983	49
2023	104	5503	59	8426	74	12166	43
2133	4	5750	23	8487	135	12185	61
2243	153	5762	60	8551	7	12257	94
2266	34	5780	172	8603	157	12284	196
2333	186	5817	134	8611	162	12334	22
2554	191	5926	175	8614	127	12434	13
2687	8	5938	109	8681	52	12460	50
2773	139	5971	16	8692	158	12480	138
2893	82	6062	36	8787	48	12509	42
2955	18	6070	121	8861	98	12511	168
3008	142	6069	96	8881	152	12539	160
3075	108	6240	88	8925	40	12547	126
3255	112	6260	170	8926	92	12578	6
3288	115	6420	1	8970	11	12614	27
3326	116	6485	149	9025	105	12851	87
3331	151	6512	86	9058	71	12965	188
3336	100	6526	97	9220	45	12984	179

Losse, die gewonnen haben, sind an das Bürgermeistereiamt Sinsheim a. E. einzufenden, worauf die Zufendung des Gewinnes erfolgt.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.
A. 12. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma „Sport-Brannath“ Hubert Brannath in Karlsruhe, Durlachertor, soll die Schuldverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt RM. 202,18.

Zu berücksichtigen sind RM. 202,18 nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlussverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Karlsruhe Abt. A 5 auf.

Karlsruhe, 5. 3. 1927.
Der Konkursverwalter:
Dr. Kuhn.

Beschied. Bekanntmachungen

Radellanghölzverkauf
Das Bad. Forstamt Waldkirch bei Freiburg veräußert freihändig aus d. Domänenverwaltungen 490 fm Fichten- u. Tannenstämme u. Abschnitte aller Klassen, darunter 14 fm Forsten und Lärchen. Losverzeichnis mit näheren Angaben über Fuhrlöhne u. dgl. durch das Forstamt. Schriftliche Angebote an Prozedenten der Landesgrundpreise b. Dienstag, den 15. März d. J., nachmittags 5 Uhr, erbeten.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Städtische Sparkasse Bühl.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
Konto-Korrent-Debitoren	1 100 396,48	Spareinlagen	1 957 641,99
Hypotheken-Darlehen	938 637,61	Giro- und Konto-Korrent-Einlagen	403 861,45
Schuldversch.-Darlehen	116 096,60	Anleihen (Randv. Kredite)	21 000,—
Darlehen an Gemeinden	297 984,37	Bankverbindlichkeiten	129 884,33
Guthaben bei Banken	78 752,33	Reichsbank-Kombard-Darlehen	25 100,—
Anteil am Betriebskapital der Girozentrale	64 500,—	Aufwertungsfonds	59 863,39
Wertpapiere	57 341,10	Vorausgehende Zinsen	325,90
Anlage in Wechseln	5 123,28	Reservefonds (einschl. RM 52 142,94 Reingewinn für 1926 und abzüglich RM 15 000,— abgeliefertem Überschuß an die Stadtgemeinde)	133 147,64
Rückständige Zinsen	35 536,96		
Inventar	4 000,—		
Kassenbestand am 31. Dezember 1926	12 455,97		
	2 710 824,70		2 710 824,70

Berechnung des Reservefonds.
Zoll: 5 % aus RM 2 361 503,44 = RM 118 075,—
er beträgt jedoch RM 133 147,—
somit mehr RM 15 072,—

Bühl, den 28. Februar 1927.
Der Verwaltungsrat:
Dr. Grüninger, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Wiedenborn, Direktor.

Bauarbeiten-Vergebung.

Die für die staatl. Neubauten im Taubertalhofheim erforderlichen Holzfußböden, Steinholzhöden, Plattenbeläge und Wandbeläge, Wasserleitungen und Entwässerungsanlagen in- und außerhalb des Hauses, Kleinfeststellungsarbeiten (Erdb., Maurer-, Zement-, Steinhauer-, Schloffer- und Schreiner- bzw. Zimmerarbeiten) sind zu vergeben. Die Angebote liegen bei uns auf und außerdem Freitag, d. 11. März in unserem Baubüro Taubertalhofheim, Hauptstraße. Angebote sind verschlossen in entsprechender Aufschrift versehen portofrei bis Montag, den 21. März, vorm. 10 Uhr, bei uns einzureichen, wo die Öffnung der Angebote stattfindet.

Zuschlagsfrist 14 Tage.
Berkheim, 7. März 27.
Bezirks-Bauamt.

Arbeits-Vergebung.

Für die Erweiterung d. Maschinenbaubetriebung der Techn. Hochschule, Hörsaalbau mit Kraftwagenlaboratorium, werden nach Verordnungen des Finanzministeriums vom 27. Juli 1922, 22. Juli 1924 und 12. März 1926 öffentlich vergeben: Masch.- und Reparaturarbeiten, Gas-, Wasser- und Ableitung sowie die Installation von Licht- und Kraftleitungen, Kolonnenlieferung.

Zeichnungen und Bedingungen liegen v. 10. 3. 1927 bis einschließlich 21. März 1927 auf unserem Geschäftszimmer Stefanienstr. 28 während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme auf.

Verband von Angeboten nach außerhalb u. Abgabe von Zeichnungen erfolgt nicht.

Angebote verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Öffnung am 24. März 1927, vorm. 10 Uhr, Karlsruhe, 1. März 27.
Bezirksbauamt.

Arbeits-Vergebung.

Für den Neubau eines Rohschlitzgebäudes im Polizeilichen Arbeitshaus in Karlsruhe sind gemäß der neuen Finanzministerialverordnung öffentlich zu vergeben:

Maurerarbeiten 298 cbm Bruchstein, 470 cbm Backsteinmauerwerk, 110 qm Regelmauerwerk und 46 cbm Sandpfebeton.

Eisenbetonarbeiten 125 cbm.

Steinhauerarbeiten

unter Sandstein 4,400 cbm oder Kunststein, heller Sandstein 18 cbm oder Kunststein.

Zimmerarbeiten 86 cbm Tannenholz, Dachdeckerarbeiten 485 qm Dachstuhlbockelbaldach, Kleinfeststellungsarbeiten 80 m Dachstuhl, 88 m Abfallrohr.

Schlofferarbeiten Bitterlieferung 8150 kg.

Einsichtnahme in Zeichnungen, Bedingungen u. Abgabe der Angebotsdrucke beim Bezirks-Bauamt 21, während der Dienststunden.

Angebote sind verschlossen, portofrei mit entsprechender Aufschrift bis zur Öffnung am Freitag, den 18. März 1927, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Bruchsal, 1. März 27.
Bezirks-Bauamt.

Güterrechtsregister.

Wolfsch. R. 15
In das Vereinsregister Band I wurde unter Nr. 16 eingetragen: Kur- und Verkehrsverein Wolfsch, eingetragener Verein in Wolfsch. Die Buchung ist am 14. Januar 1927 erledigt. Vorstand im Sinne des § 26 BGB. ist der Vorsitzende, im Verwaltungsrat der Vereinsvertreter. Vorsitzender ist Bürgermeister Dämmerle in Wolfsch, sein Stellvertreter Kronenwirt Hans Altkirch Wolfsch.

Wolfsch, 4. 3. 1927.
Amtsgericht.

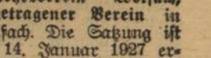
Badisches Landestheater

Mittwoch, den 9. März 1927
*B 19

Madame Butterfly

von Puccini
Musikal. Leitung: Josef Reips
In Szene gef. von G. Geofe
Cho-Cho-San
Suzuki
Kate Pinkerton
F. B. Pinkerton
Sharpless
Goro Katoko
Küst Yamadori
Onkel Bouye
Nakusabe
Der Kaiserliche Kommissar
Gröninger

Der Ständesbeamte
Kraus
Mutter Cho-Cho-Sans
Kilian
Die Zante
Die Baie
Anfang 8 Ende gegen 10^{1/2}
I. Sperrst. M. 7.—
Do. 10. März Die lustigen
Weiber von Windsor
Fr. 11. März
Wie es euch gefällt



Druck G. Braun, Karlsruhe.